

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXIX
1. Kapitel. Grundlagen	1
§ 1 Die Unionsmarke als Baustein des europäischen Markenrechts	1
§ 2 Besonderheiten der Unionsmarke	3
§ 3 Die Entwicklung des Unionsmarkenrechts	7
§ 4 Rechtliche Grundlagen	15
§ 5 Besondere Markenkategorien	22
§ 6 Das Leitbild des europäischen Verbrauchers	27
§ 7 Das EUIPO und die Verfahren zur Unionsmarke	29
§ 8 Praktische Informationen	35
2. Kapitel. Erwerb und Durchsetzung der Unionsmarke	39
§ 9 Absolute Schutzhindernisse	39
§ 10 Relative Schutzhindernisse	105
§ 11 Benutzungszwang	172
§ 12 Die Durchsetzung der Unionsmarke	193
§ 13 Die Unionsmarke als Vermögensgegenstand	219
3. Kapitel. Die Verfahren vor dem EUIPO	231
§ 14 Allgemeine Verfahrensbestimmungen	231
§ 15 Anmeldung, Eintragung und Verlängerung der Unionsmarke	287
§ 16 Das Widerspruchsverfahren	321
§ 17 Untergang und Umwandlung der Unionsmarke	356
§ 18 Die Beschwerde	395
4. Kapitel. Außeramtliche Einigung und Mediation	415
§ 19 Die gütliche Lösung von Markenkonflikten vor dem EUIPO	415
§ 20 Der Mediationsdienst des EUIPO im Beschwerdeverfahren	431
5. Kapitel. Rechtsmittel zum Gerichtshof der Europäischen Union	441
§ 21 Klage vor dem Gericht (EuG)	441
§ 22 Rechtsmittel zum Europäischen Gerichtshof (EuGH)	482
Sachverzeichnis	493
	IX

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXIX
1. Kapitel. Grundlagen	1
§ 1 Die Unionsmarke als Baustein des europäischen Markenrechts	1
§ 2 Besonderheiten der Unionsmarke	3
I. Einheitlichkeit	4
II. Koexistenz	5
III. Autonomie	5
§ 3 Die Entwicklung des Unionsmarkenrechts	7
I. Auf dem Weg zur Gemeinschaftsmarke	7
II. Von der Gemeinschaftsmarke zur Unionsmarke	9
III. Wesentliche gesetzliche Neuerungen	10
IV. Die Zukunft der Unionsmarke	12
§ 4 Rechtliche Grundlagen	15
I. Das Unionsrecht und seine Auslegung	15
II. Vorschriften für das Verfahren vor dem Gerichtshof der EU	16
III. Internationale Abkommen	17
1. Pariser Verbandsübereinkunft	17
2. TRIPS-Übereinkommen	17
3. Madrider System	18
4. Abkommen von Nizza	18
5. Markenrechtsvertrag von Singapur	18
IV. Nationales Recht	19
V. Richtlinien des Amtes und Maßnahmen des Exekutivdirektors	20
VI. Urteile des Gerichtshofs der EU	21
§ 5 Besondere Markenkategorien	22
I. Unionskollektivmarke	22
II. Unionsgewährleistungsmarke	24
	XI

§ 6 Das Leitbild des europäischen Verbrauchers	27
§ 7 Das EUIPO und die Verfahren zur Unionsmarke	29
I. Tätigkeitsbereiche des EUIPO	29
II. Überblick über die Verfahren	30
1. Prüfung und Veröffentlichung der Anmeldung	30
2. Widerspruchsverfahren	31
3. Eintragung und Veröffentlichung der Eintragung	31
4. Änderungen im Register für Unionsmarken	32
5. Anträge auf Erklärung des Verfalls oder der Nichtigkeit	32
6. Beschwerdeverfahren	32
7. Klage vor dem EuG	33
8. Rechtsmittel vor dem EuGH	33
9. Verfahrensdauer	33
§ 8 Praktische Informationen	35
I. Die elektronische Kommunikationsplattform des EUIPO (User Area)	35
II. Die Anwendung e-Curia des Gerichtshofs der Europäischen Union	36
III. Nützliche Datenbanken und andere Informationen	36
2. Kapitel. Erwerb und Durchsetzung der Unionsmarke	39
§ 9 Absolute Schutzhindernisse	39
I. Allgemeine Grundsätze der Prüfung	40
II. Unbestimmte oder abstrakt nicht unterscheidungskräftige Zeichen	43
III. Fehlende Unterscheidungskraft	44
1. Rein anpreisende Zeichen	45
2. Marken, die mit dem Erscheinungsbild der Waren verschmelzen	50
3. Einfache geometrische Formen und typografische Symbole	54
4. Farbmarken	56
IV. Rein beschreibende Marken	56
1. Sprachliche Neuschöpfungen	59
2. Besondere Schreibweisen	63
3. Kombination aus Wortfolge und deren Anfangsbuchstaben	63
4. Die Beschreibung der geografischen Herkunft	64
5. Die Beschreibung des Inhalts	66
6. Zahlen, Buchstaben und Farbangaben	67
7. Wort-/Bildmarken	68
8. Reine Bildmarken	70
V. Üblich gewordene Bezeichnungen	71
VI. Zeichen mit charakteristischen Merkmalen in Bezug auf Art der Ware, technische Funktion oder Wert	72
1. Art der Ware	73
2. Technische Funktion der Ware	73
3. Wert der Ware	76

VII. Verstoß gegen öffentliche Ordnung oder gute Sitten	77
VIII. Täuschende Angaben	80
IX. Staatliche Hoheitszeichen nach Art. 6 ^{ter} PVÜ	83
X. Abzeichen und Embleme von besonderem öffentlichen Interesse	86
XI. Kollision mit geografisch geschützten Angaben	87
XII. Traditionelle Bezeichnungen für Weine	93
XIII. Garantiert traditionelle Spezialitäten	95
XIV. Bezeichnungen für Pflanzensorten	96
XV. Erlangte Unterscheidungskraft aufgrund von Benutzung	97
1. Benutzung als Marke	100
2. Zeitpunkt des Nachweises erlangter Unterscheidungskraft	101
3. Umfang des Benutzungsnachweises in quantitativer und geografischer Hinsicht	102
§ 10 Relative Schutzhindernisse	105
I. Doppelte Identität	105
1. Identität der Zeichen	106
2. Identität der Waren und Dienstleistungen	107
II. Verwechslungsgefahr	107
1. Die angesprochenen Verkehrskreise und der Aufmerksamkeitsgrad	108
a) Allgemeines Publikum und Fachverkehr	108
b) Der den Waren oder Dienstleistungen entgegengebrachte Aufmerksamkeitsgrad	110
c) Das für die Verwechslungsgefahr relevante Gebiet	111
2. Vergleich der Waren oder Dienstleistungen	111
a) Die Identifizierung der geschützten Waren oder Dienstleistungen	112
b) Die Kriterien des Warenvergleichs	114
aa) Art, Zweck und Nutzung	114
bb) Verhältnis der Konkurrenz oder Ergänzung	114
cc) Hersteller, Vertriebswege und Kundenkreise	115
c) Die Gewichtung der einzelnen Faktoren	116
d) Einzelhandelsdienstleistungen	116
3. Zeichenvergleich	117
a) Der Gesamteindruck der Konfliktzeichen	118
aa) Die Bedeutung von Bild- und Wortelelementen der Vergleichszeichen	119
bb) Die Bedeutung des Markenanfangs	120
b) Die einzelnen Aspekte des Zeichenvergleichs	121
aa) Der schriftbildliche Vergleich	121
bb) Der klangliche Vergleich	121
cc) Der begriffliche Vergleich	123
c) Fehlende Zeichenähnlichkeit	124
4. Kennzeichnungskraft der älteren Marke(n)	127
a) Originäre Kennzeichnungskraft	127

Inhaltsverzeichnis

b) Erhöhte Kennzeichnungskraft aufgrund intensiver Benutzung oder Bekanntheit der älteren Marke	130
5. Abschließende Beurteilung der Verwechslungsgefahr	131
a) Wechselwirkungstheorie	131
b) Kein direkter Markenvergleich des Durchschnittsverbrauchers	132
c) Verwechslungsgefahr bei selbständig kennzeichnender Stellung der älteren Marke im angefochtenen Gesamtzeichen	132
d) Beeinflussung der Verwechslungsgefahr durch objektive Umstände	135
e) Neutralisierung visueller oder klanglicher Ähnlichkeiten durch begriffliche Unterschiede	137
f) Begriffliche Ähnlichkeit ausreichend zur Bejahung einer Verwechslungsgefahr?	138
g) Koexistenz als Indiz fehlender Verwechslungsgefahr	139
h) Verwechslungsgefahr und Markenfamilien	140
i) Verwechslungsgefahr von Namen	140
j) Verwechslungsgefahr von Buchstaben und Buchstabenkombinationen	142
III. Agentenmarke	145
1. Ältere Marke des Inhabers	146
2. Vertragsverhältnis zwischen Agent und Markeninhaber	146
3. Die relevanten Marken und Waren oder Dienstleistungen	147
4. Fehlende Rechtfertigung für Anmeldung	147
IV. Sonstige Kennzeichenrechte	148
1. Benutzung und überörtliche Bedeutung	149
2. Erwerb und Inhalt des älteren Kennzeichenrechts	151
3. Beweislast für Existenz und Umfang des Kennzeichenschutzes	152
a) Darlegungs- und Beweispflicht des Inhabers des älteren Kennzeichens	152
b) Überprüfung des geltend gemachten nationalen Rechts durch das Amt und das Gericht	153
V. Erweiterter Schutz bekannter Marken	156
1. Eingetragene bekannte Marke	157
2. Zeichenidentität oder -ähnlichkeit	159
3. Die gedankliche Verknüpfung zwischen den Marken	161
4. Beeinträchtigung der Unterscheidungskraft oder Wertschätzung oder Ausnutzung der Unterscheidungskraft oder Wertschätzung ohne rechtfertigenden Grund	163
a) Beeinträchtigung der Unterscheidungskraft	164
b) Beeinträchtigung der Wertschätzung	165
c) Ausnutzung der Unterscheidungskraft oder Wertschätzung	166
5. Kein rechtfertigender Grund	169
VI. Besonderer Schutz geografischer Angaben	170
§ 11 Benutzungszwang	172
I. Der Begriff der ernsthaften Benutzung	173

Inhaltsverzeichnis

II. Benutzung als Marke	174
III. Benutzung im geschäftlichen Verkehr durch Markeninhaber oder mit seiner Zustimmung	175
IV. Benutzung für die eingetragenen Waren und Dienstleistungen	176
V. Abweichende Benutzung von der eingetragenen Form	178
1. Bildliche Ausgestaltungen einer eingetragenen Wortmarke	180
2. Änderungen des Designs der eingetragenen Marke	181
3. Hinzufügung von Elementen	183
4. Weglassen von Elementen	186
VI. Gebiet der Benutzung	187
VII. Dauer und Umfang der Benutzung	188
VIII. Berechtigte Gründe für die Nichtbenutzung	190
§ 12 Die Durchsetzung der Unionsmarke	193
I. In der UMV geregelte Ansprüche	194
1. Der Unterlassungsanspruch nach Art. 9 UMV	194
a) Rechtsverletzende Benutzung	194
b) Die Verletzungstatbestände	196
c) Territoriale Ausdehnung des Unterlassungsanspruchs	197
d) Beispiele verbotener Benutzungshandlungen	198
e) Untersagungsrecht für Transitwaren	199
2. Untersagung von Vorbereitungshandlungen	200
3. Weitere in der UMV geregelte Ansprüche	200
a) Wiedergabe in einem Wörterbuch	200
b) Agentenmarke	201
c) Markenrechtliche Ansprüche gegen den Lizenznehmer	201
4. Zeitpunkt der Durchsetzung von Rechten aus der Unionsmarke	201
II. Ansprüche nach nationalem Recht	202
III. Grenzen der Durchsetzung	203
1. Namen und beschreibende Angaben	203
a) Namen oder Adresse	204
b) Beschreibende oder nicht unterscheidungskräftige Zeichen	204
c) Verweis auf Waren oder Dienstleistungen des Markeninhabers	204
d) Anständige Gepflogenheiten in Gewerbe oder Handel	204
2. Erschöpfung	205
a) Zustimmung des Markeninhabers	205
b) Territoriale Reichweite	206
c) Berechtigte Gründe	207
d) Beweislast	208
3. Zwischenrechte	208
IV. Zuständigkeit der Unionsmarkengerichte und anwendbares Recht	210
1. Sachliche Zuständigkeit	210
2. Internationale Zuständigkeit und Reichweite der Zuständigkeit	211
a) Zum Begriff der Niederlassung iSv Art. 125 Abs. 1 UMV	211

Inhaltsverzeichnis

b) Zur Zuständigkeit infolge rügeloser Einlassung	212
c) Zum Gerichtsstand der Verletzungshandlung	212
3. Anwendbares Recht	214
V. Sonstige prozessuale Aspekte	215
1. Die Widerklage	215
2. Klagen vor Gerichten mehrerer Mitgliedstaaten	217
a) Gleichzeitige Verletzungsklagen	217
b) Aufeinander folgende Verletzungsklagen	218
§ 13 Die Unionsmarke als Vermögensgegenstand	219
I. Das anwendbare Recht für die vermögensgegenständlichen Fragen der Unionsmarke	219
II. Übertragung	220
1. Die Stellung des Rechtsnachfolgers bis zur Eintragung des Rechtsübergangs	221
2. Die Eintragung des Rechtsübergangs im Register	221
III. Lizenz	222
1. Lizenzarten	223
2. Markenrechtliche Ansprüche des Lizenzgebers nach der UMG	223
3. Ansprüche des Lizenznehmers gegen Dritte	224
4. Ansprüche aus dem Lizenzvertrag	225
5. Kartellrechtliche Schranken	226
IV. Andere dingliche Rechte	226
V. Die Eintragung einer Lizenz oder anderer Rechte an einer Unionsmarke im Register	227
VI. Wirkung gegenüber Dritten	228
3. Kapitel. Die Verfahren vor dem EUIPO	231
§ 14 Allgemeine Verfahrensbestimmungen	231
I. Verfahrensgrundsätze	231
1. Bindung an die Vorschriften des Unionsrechts	231
2. Begründungspflicht	233
3. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs	236
4. Amtsermittlungsgrundsatz (Art. 95 Abs. 1 UMG)	236
5. Verpflichtung zur Neutralität	238
6. Schriftliches Verfahren	238
II. Formen der Kommunikation mit dem Amt	238
1. Zustellungen des Amtes an die Verfahrensbeteiligten	239
a) Zustellung durch die Post oder einen Kurier	239
b) Zustellung durch Telefax	240
c) Elektronische Zustellung	240
d) Öffentliche Zustellung	241
e) Zustellungsmängel	241
2. Übermittlungen der Verfahrensbeteiligten an das Amt	242

Inhaltsverzeichnis

III. Fristen	244
1. Fristberechnung	244
2. Fristdauer	245
3. Fristablauf in besonderen Fällen	246
4. Fristverlängerung	246
5. Verspätete Einreichung von Unterlagen	247
6. Rechtsbehelfe bei Fristversäumnis	250
a) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	250
aa) Fristen	250
bb) Ausschluss	251
cc) Unmittelbarer Rechtsverlust	252
dd) Einhaltung der gebotenen Sorgfalt	252
ee) Sonstige Voraussetzungen	254
ff) Entscheidung	254
gg) Rechte gutgläubiger Dritter	254
b) Weiterbehandlung	255
aa) Voraussetzung und Entscheidung	255
bb) Ausschluss	255
IV. Die Sprachenregelung	256
V. Vertretung und Vollmacht	260
1. Grundsätze der Vertretung vor dem Amt	260
2. Vollmacht	263
VI. Beweisaufnahme	264
1. Gegenstand der Beweisaufnahme	264
2. Beweislast	265
3. Beweismittel	266
VII. Aussetzung, Unterbrechung und Verbindung von Verfahren	268
1. Aussetzung	268
2. Unterbrechung	270
3. Die Verbindung mehrerer Verfahren	271
VIII. Parteiwechsel	272
1. Rechtsübergang der Unionsmarke	272
2. Rechtsübergang älterer nationaler Marken	273
IX. Gebühren und Kosten	274
1. Zahlung von Gebühren an das Amt	274
a) Zahlungsarten	274
b) Maßgeblicher Zahlungstag	275
2. Rückerstattung von Gebühren	275
a) Anmeldegebühren	275
b) Widerspruchsgebühr	275
c) Gebühren für den Antrag auf Erklärung des Verfalls oder der Nichtigkeit	276
d) Beschwerdegebühr	276
e) Sonstige Gebühren	277
f) Erlöschen des Anspruchs auf Rückerstattung	277

Inhaltsverzeichnis

3. Kostenverteilung und Kostenfestsetzung	277
a) Grundsätze der Kostenverteilung	278
b) Die Kostenfestsetzung	279
4. Vollstreckung der Kostenentscheidung	280
X. Akteneinsicht und die Behandlung vertraulicher Unterlagen	281
XI. Berichtigung unrichtiger Entscheidungen oder Eintragungen	283
1. Art. 103 UMV	283
2. Berichtigung von Fehlern und offensichtlichen Versehen in Entscheidungen	285
3. Berichtigung von Fehlern im Register oder in Veröffentlichungen	286
§ 15 Anmeldung, Eintragung und Verlängerung der Unionsmarke	287
I. Taktische Überlegungen vor Einreichung einer Anmeldung	287
1. Alternativen zur Unionsmarke?	287
2. Gegenstand der Anmeldung und Vorab-Recherche	289
II. Von der Anmeldung zur Eintragung	290
1. Die Anmeldetagsvoraussetzungen	291
2. Sonstige Anmeldeerfordernisse	294
3. Klassifizierung	296
4. Priorität und Seniorität	298
a) Priorität	298
b) Seniorität	300
5. Recherchenberichte	303
6. Markenfähigkeit und absolute Schutzhindernisse	303
7. Zurücknahme, Einschränkung oder Änderung der Anmeldung	304
8. Teilung der Anmeldung	306
9. Veröffentlichung der Anmeldung	307
10. Bemerkungen Dritter	307
11. Ablauf der Widerspruchsfrist und Eintragung	310
III. Teilung der Eintragung	311
IV. Verlängerung	312
V. Die Verknüpfung zwischen der Unionsmarke und dem Madrider Protokoll	313
1. Die EU als Basis einer internationalen Registrierung	313
2. Die Erstreckung einer internationalen Registrierung auf die EU	316
§ 16 Das Widerspruchsverfahren	321
I. Taktische Überlegungen vor Einlegung des Widerspruchs	322
II. Der Ablauf des Verfahrens in fünf Schritten	323
III. Zulässigkeit des Widerspruchs	324
1. Berechtigung zur Widerspruchseinlegung	324
2. Widerspruchsfrist	324
3. Zahlung der Widerspruchsgebühr	325
4. Formelle Voraussetzungen an die Widerspruchsschrift	325
a) Sprachenregelung	325

Inhaltsverzeichnis

b) Erforderliche Angaben in der Widerspruchsschrift	326
aa) Zwingende, nicht nachholbare Angaben	326
bb) Zwingende, nachholbare Angaben	329
cc) Freiwillige Angaben	329
5. Zulässigkeitsmängel	330
IV. Beginn der „Cooling-off“-Frist	332
V. Beginn des streitigen Verfahrens	333
1. Die Widerspruchsbegründungsfrist	333
a) Ältere Marke (Art. 8 Abs. 2 UMV)	333
aa) Nachweis der Existenz und Gültigkeit der älteren Marke	333
bb) Nachweis des Schutzzumfangs der älteren Marke	335
cc) Nachweis einer Markenfamilie	335
dd) Befugnis zur Einlegung des Widerspruchs	335
ee) Notorisch bekannte Marke	336
b) Agentenmarke (Art. 8 Abs. 3 UMV)	337
c) Andere geschäftsbezogene Kennzeichen (Art. 8 Abs. 4 UMV)	337
d) Bekannte Marke (Art. 8 Abs. 5 UMV)	339
e) Geografisch geschützte Bezeichnungen (Art. 8 Abs. 6 UMV)	339
f) Übersetzungen	340
2. Folgen nicht hinreichender Substantiierung	341
3. Frist des Anmelders zur Stellungnahme	345
4. Der Nachweis der rechtserhaltenden Benutzung im Widerspruchsverfahren	346
a) Dem Benutzungszwang unterliegende Marken	346
b) Der Antrag	348
c) Geeignete Beweismittel	349
VI. Weiterer Verlauf des Verfahrens und Entscheidung der Widerspruchsabteilung	352
VII. Beendigung des Verfahrens ohne Entscheidung in der Sache	353
§ 17 Untergang und Umwandlung der Unionsmarke	356
I. Verzicht	356
II. Nichtverlängerung	359
III. Verfall und Nichtigkeit	359
1. Die Lösungsgründe im Überblick	359
a) Verfallsgründe	359
aa) Nichtbenutzung	359
bb) Entwicklung zur gebräuchlichen Bezeichnung	360
cc) Irreführungsgefahr	361
b) Absolute Nichtigkeitsgründe	361
aa) Absolute Eintragungshindernisse nach Art. 7 UMV	361
bb) Bösgläubige Markenmeldung	362
c) Relative Nichtigkeitsgründe	366
2. Zulässigkeit und Substantiierung des Antrags	367
a) Berechtigung zur Einlegung des Antrags	367

Inhaltsverzeichnis

b)	Form und Frist	368
aa)	Zwingende, nicht nachholbare Angaben	368
bb)	Zwingende, nachholbare Angaben	368
cc)	Freiwillige Angaben	369
dd)	Sprachenregelung	369
ee)	Gebühren	369
ff)	Zeitpunkt der Antragstellung	369
c)	Mehrere Antragsgründe oder ältere Rechte	370
d)	Feststellungsanträge nach Erlöschen oder Verzicht	370
e)	Res iudicata	371
f)	Ausdrückliche Zustimmung des Antragstellers zur Eintragung	372
g)	Kumulierungsgebot	373
3.	Das Verfahren	373
a)	Argumente, Fakten und Beweismittel zur Begründung des Löschungsantrags	373
aa)	Antrag auf Erklärung des Verfalls	374
bb)	Auf absolute Nichtigkeitsgründe gestützter Nichtigkeitsantrag	374
cc)	Auf relative Nichtigkeitsgründe gestützter Nichtigkeitsantrag	375
dd)	Übersetzungen	376
b)	Stellungnahme des Markeninhabers	376
c)	Der Einwand der Verwirkung	377
aa)	Benutzung der Unionsmarke	378
bb)	Kenntnis der Benutzung	378
cc)	Duldung	379
dd)	Ausnahme: Bösgläubigkeit	379
ee)	Rechtsfolge	379
d)	Weitere Stellungnahmen der Parteien	379
e)	Der Benutzungsnachweis im Nichtigkeitsverfahren	380
4.	Entscheidung der Nichtigkeitsabteilung und Prüfungsumfang	380
5.	Die Wirkungen des Verfalls und der Nichtigkeit	382
a)	Eintritt der Wirkungen des Verfalls und der Nichtigkeit	382
b)	Schranken der Rückwirkung	383
IV.	Umwandlung	384
1.	Umwandlung, „opting back“ und Transformation	384
2.	Die Umwandlungsgründe	385
3.	Wirksame Anmeldung als Voraussetzung für Umwandlung	386
4.	Ausschluss der Umwandlung	386
a)	Verfall wegen Nichtbenutzung	386
b)	Andere Verfallsgründe oder Eintragungshindernisse	386
aa)	Absolute Eintragungshindernisse	386
bb)	Relative Eintragungshindernisse	387
c)	Rücknahme oder Verzicht zwecks Umwandlung der Unionsmarke	388
5.	Wirkung der Umwandlung	389
6.	Umwandlung der Unionsmarke in laufenden Verfahren	389
7.	Der Umwandlungsantrag	390
a)	Sprache	390

Inhaltsverzeichnis

b) Erforderliche Angaben	390
c) Zeitpunkt für die Stellung des Antrags	391
aa) Anmeldung gilt als zurückgenommen	391
bb) Rücknahme der Anmeldung, Verzicht, Nichtverlängerung	391
cc) Zurückweisung, Nichtigkeit, Verfall	391
dd) Internationale Registrierung mit EU-Erstreckung	392
ee) Folgen der verspäteten Einreichung des Umwandlungsantrags	392
d) Gebühren	392
8. Prüfung des Umwandlungsantrags durch das EUIPO	392
9. Veröffentlichung	393
10. Übermittlung des Antrags an die nationalen Behörden	393
§ 18 Die Beschwerde	395
I. Allgemeines	395
II. Zulässigkeit	396
1. Beschwerdeberechtigung	396
2. Form und Frist	398
3. Beschwerdegebühr	398
4. Beschwerdefähige Entscheidungen	398
5. Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung	399
6. Zulässigkeitsmängel	400
III. Das Verfahren	402
IV. Prüfungsumfang	404
1. Einseitige Verfahren	405
2. Mehrseitige Verfahren	406
3. Reformatio in peius	410
V. Wiedereröffnung des erstinstanzlichen Verfahrens	412
VI. Übertragung der Sache an die Große Kammer	412
VII. Übertragung an ein einziges Mitglied	413
VIII. Behandlung der Beschwerde nach Zurückverweisung durch das EuG	413
4. Kapitel. Außeramtliche Einigung und Mediation	415
§ 19 Die gütliche Lösung von Markenkonflikten vor dem EUIPO	415
I. Der Verhandlungsablauf	418
II. Die primären Klauseln einer Abgrenzungsvereinbarung	419
III. Nebenbestimmungen der Vereinbarung	420
IV. Die Beendigung von Abgrenzungsvereinbarungen	424
V. Kartellrechtliche Grenzen von Abgrenzungsvereinbarungen	424
VI. Muster einer Vorrechtserklärung (Beispiel)	428
VII. Muster einer Vorrechts- und Abgrenzungsvereinbarung (Beispiel)	429

§ 20 Der Mediationsdienst des EUIPO im Beschwerdeverfahren	431
I. Merkmale der Mediation	431
II. Vorteile einer Mediation	432
III. Überblick über den Mediationsdienst in der Beschwerdeinstanz	433
IV. Die Rolle des Mediators	433
V. Ablauf des Verfahrens	434
VI. Der Tag der Mediation	435
VII. Die optimale Vorbereitung des Parteivertreters auf eine Mediation	436
VIII. Mediation und EUIPO – Zukunftsperspektiven	440
5. Kapitel. Rechtsmittel zum Gerichtshof der Europäischen Union	441
§ 21 Klage vor dem Gericht (EuG)	441
I. Allgemeines	441
II. Die Parteien des Verfahrens	442
1. Die Rolle des EUIPO	442
2. Streithelfer	443
a) Die andere Partei des Beschwerdeverfahrens als qualifizierte Streithelferin	443
b) Dritte als einfache Streithelfer	444
III. Anwaltpflicht	444
IV. Sprachenregelung	445
V. Die Zulässigkeit der Klage	446
1. Anfechtbare Entscheidung	446
2. Klageberechtigung	446
3. Die Klageschrift	448
a) Darstellung der Klagegründe	449
b) Vorgeschiedene Unterlagen	450
c) Anträge	451
4. Klagefrist	453
VI. Klagebeantwortung/Schriftsatz der Streithelferin	454
1. Anträge des Amtes	455
2. Klagebeantwortung der Streithelferin und mögliche Anschlussklage	455
VII. Das weitere Verfahren	456
1. Neue Klage- oder Verteidigungsgründe	456
2. Fristverlängerung und Fristversäumnis	457
3. Verbindung und Aussetzung des Verfahrens	458
4. Mündliche Verhandlung	460
a) Absehen von einer mündlichen Verhandlung	460
b) Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	460
c) Ablauf der mündlichen Verhandlung	461
5. Ersetzung einer Partei	462
VIII. Klagerücknahme und Erledigung	463

Inhaltsverzeichnis

IX. Urteil	464
1. Prüfungsumfang	465
a) Beschränkung auf Streitgegenstand des Beschwerdeverfahrens	465
b) Einschränkung des Warenverzeichnisses im Gerichtsverfahren	467
c) Beschränkte Kontrolle bei Ermessensentscheidungen	468
d) Abänderungsbefugnis	469
2. Versäumnisurteil	470
3. Einzelrichterurteil	470
4. Entscheidung durch Beschluss	470
5. Urteilsberichtigung	471
X. Kosten	472
1. Kostenverteilung	472
2. Kostenfestsetzung	473
3. Prozesskostenhilfe	477
XI. Musterschriftsatz (Beispiel) – Klage vor dem EuG	478
§ 22 Rechtsmittel zum Europäischen Gerichtshof (EuGH)	482
I. Die Parteien des Rechtsmittelverfahrens und ihre Anträge	482
II. Die Rechtsmittelschrift	483
III. Das Verfahren	483
IV. Rücknahme des Rechtsmittels und Erledigung	484
V. Urteil	485
1. Prüfungsumfang	485
2. Entscheidung durch Beschluss	488
VI. Kosten und Kostenfestsetzung	488
VII. Verfahren nach Zurückverweisung des EuGH an das EuG	489
VIII. Musterschriftsatz (Beispiel) – Rechtsmittel zum EuGH	490
Sachverzeichnis	493